

Nachrichten

Stadt Würzburg lädt zum Empfang alle Bürger ein

WÜRZBURG. Beim Neujahrsempfang der Stadt Würzburg am Sonntag ab 11 Uhr im Rathaus bleibt die Lokalprominenz nicht unter sich. Wie in den letzten Jahren sind wieder alle Würzburger eingeladen. Weil die Resonanz erfahrungsgemäß sehr groß ist, dürfte im Ratssaal bei der Neujahresrede des Musikwissenschaftlers Ulrich Konrad dringende Enge herrschen. Mit der Tradition, dass der Diözesanbischof die Hauptrede hält, hatte die Stadt unter dem SPD-Oberbürgermeister Georg Rosenthal 2011 gebrochen. Seither veranstaltet das Bistum einen eigenen Empfang. *rr*

Hells Angels mit Verfassungsbeschwerde

FRANKFURT. Die Hells Angels ziehen gegen das Verbot zweier Frankfurter Ortsgruppen vor das Bundesverfassungsgericht. Ihr Anwalt bestätigte gestern einen Bericht der »Bild«-Zeitung, das Gericht in Karlsruhe bestätigte den Eingang der Verfassungsbeschwerde. Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU) hatte 2011 die Charter »Westend« und »Frankfurt« verboten. »Im Zentrum ihrer Tätigkeit stehen Drogenhandel, Prostitution und Menschenhandel«, sagte der Minister zur Begründung und sprach von »lupenreinem organisierten Verbrechen«. Im März 2013 wies der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Klagen der beiden Ortsgruppen ab. *dpa*

Schädel im Wald gehört zu erhängtem Mann

DARMSTADT. Ein in einem Wald bei Darmstadt entdeckter Schädel gehört zu einem Mann, der sich dort vermutlich 2009 erhängte. Die Polizei Darmstadt bestätigte gestern einen Bericht des »Darmstädter Echo«. Die gerichtsmmedizinische Untersuchung habe Klarheit verschafft. Den Fund hatte im November ein Geocacher bei seiner modernen Schatzsuche gemacht. Der vermutlich von Tieren weggeschleppte Schädel lag 600 Meter von der Stelle entfernt, wo das kopflose Skelett des Mannes 2010 entdeckt worden war. *dpa*

Mann prügelt Polizist dienstunfähig

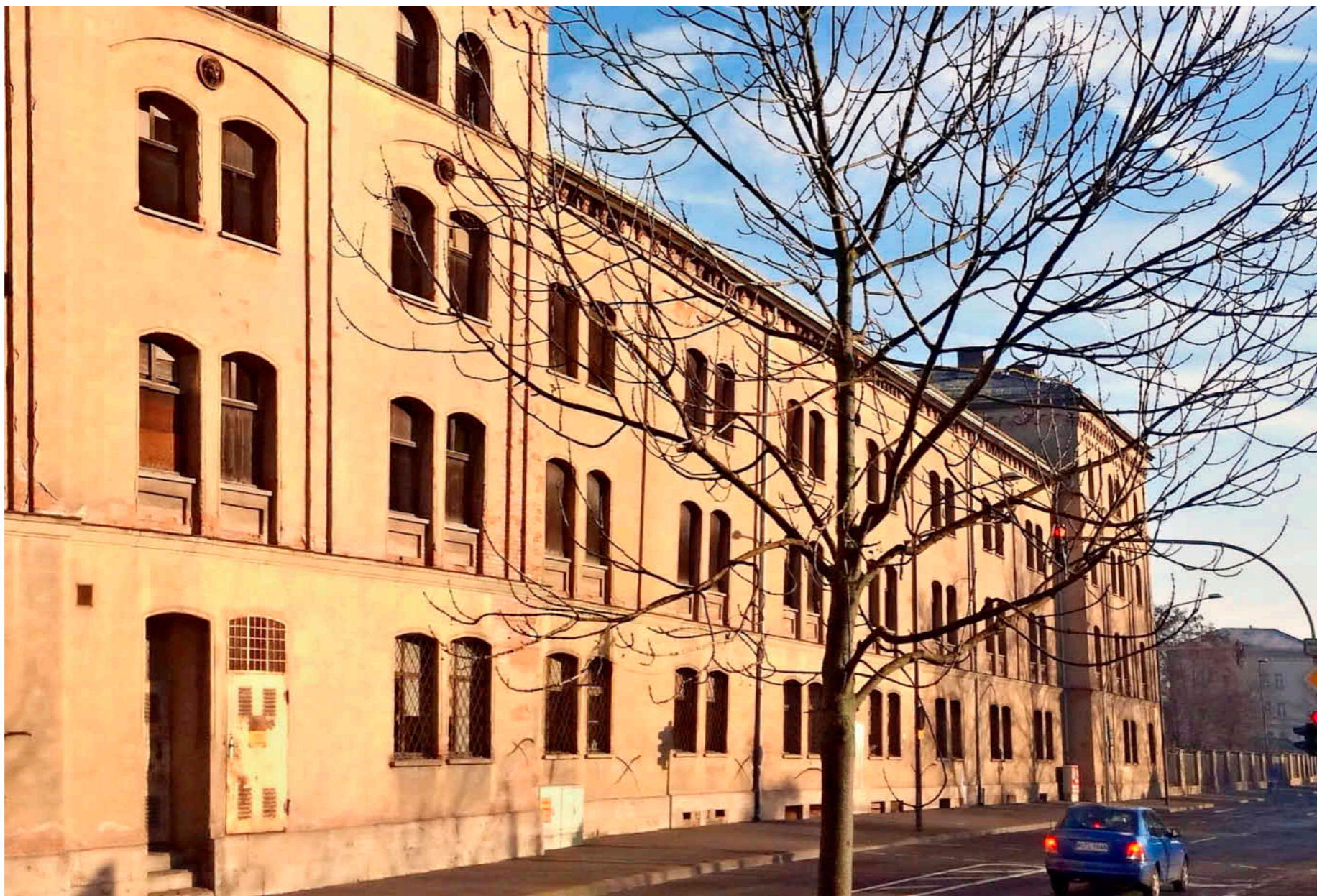
DARMSTADT. Bei einer heftigen Auseinandersetzung in einer Darmstädter Gaststätte ist ein Polizist dienstunfähig geprügelt worden. Der 31-Jährige hatte zusammen mit drei Kollegen versucht, zwei pöbelnde Männer zu überwältigen, teilte die Polizei gestern mit. Einer der beiden offensichtlich stark betrunkenen Männer versuchte, an die Waffe des Beamten zu kommen und versetzte ihm so starke Stöße mit dem Knie, dass er eine Gehirnerschütterung erlitt. Um wieder Herr der Lage zu werden, mussten die Polizisten Pfefferspray einsetzen. *dpa*

Mit dem Küchenmesser bedroht: 500 Euro Beute

FRANKFURT. Mit einem Küchenmesser hat ein 26-Jähriger in der Nacht zum Donnerstag einen Angestellten einer Frankfurter Spielhalle bedroht. Er erbeutete laut Polizei rund 500 Euro Bargeld und flüchtete. Aufmerksame Zeugen verfolgten den Mann, so dass er kurz darauf festgenommen wurde. *ls*

Ermittlungen wegen Schmiergeld ausgeweitet

FRANKFURT. In der Schmiergeld-Affäre um Grundstücksgeschäfte am Frankfurter Flughafen hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf zwölf Verdächtige ausgeweitet. Büros und Wohnungen von zwei Geschäftsleuten aus Norddeutschland seien Ende Oktober durchsucht worden, bestätigte Oberstaatsanwältin Doris Möller-Scheu gestern einen Bericht der »Frankfurter Rundschau«. Gegen zehn Geschäftsleute wird seit einer Großrazzia Anfang Juli ermittelt. Die Männer werden beschuldigt, Erbbau-Grundstücke im Frachtbereich Cargo-City Süd gegen Schmiergeld verschoben und die Zahlungen verdeckt zu haben. *dpa*



Denkmalgeschütztes Kasernengebäude verfällt langsam

WÜRZBURG. Denkmalschutz paradox in Würzburg: Während eine Bürgerinitiative um den Erhalt des in den 1950er Jahren erbauten Mozart-Gymnasiums kämpft, ist ein anderes Baudenkmal widerstandslos seit Jahren dem Verfall preisgegeben. Der 1888 fertig gestellte Stützpunkt der königlich bayerischen Feldartillerie ist ei-

nes der wenigen Gebäude in Unterfranken, die im »Maximiliansstil« errichtet wurden. Es gehört zum Komplex Faulenberg-Kaserne mit weiteren acht denkmalgeschützten Gebäuden. Sie wurde bis ins Jahr 2007 von den US-Streitkräften genutzt.

Das westliche Frontgebäude vermietete die Army dagegen von 1949 bis

1952 an die staatliche Feuererschule, deren Namen bis heute an der Fassade prangt. Später wurde es an die Stadt Würzburg verkauft. Die fand einen Investor, dessen Pläne sich allerdings wegen hoher Kosten für den Abriss und noch höherer für die Restaurierung zerschlugen. Die kommunaleigene Stadtbau, der das Gebäude

inzwischen gehört, bietet es weiterhin zum Verkauf an. Für die noch nicht eingeleitete Konversion der ehemaligen Kaserne gibt es einen Masterplan, aber noch keine konkreten Vorhaben. Derweil nagt an dem immerhin vor Einsturz gesicherten Baudenkmal weiterhin heftig der Zahn der Zeit.

rr/Foto: Rainer Reichert

»Ein Kummerkasten reicht nicht«

Uwe Dolata: Würzburger Wirtschaftskriminalist fordert Rechtsschutz für Whistleblower – Kritik am Lobbyismus

WÜRZBURG. Er nimmt seit Jahren Korruption in Politik, Firmen und Institutionen aufs Korn: Der Würzburger Wirtschaftskriminalist Uwe Dolata hat sich dem Kampf gegen Vorteilsnahmen verschrieben. Im Nachgang zum Anti-Korruptionstag im Dezember organisiert er am 15. Januar um 17 Uhr zusammen mit der Würzburger Fachhochschule ein Symposium zum Thema »Transparenz – Todfeind der Korruption« in Würzburg. Im Vorfeld der Veranstaltung sprach Pat Christ mit dem Korruptionsfachmann.



Main-Echo
Gespräch

Korruption scheint weltweit tief verwurzelt zu sein. Das jedenfalls ist aus dem Korruptionswahrnehmungsindex der Organisation Transparency International herauszulesen. Trifft das auch auf Deutschland zu?

Ja, auch in Deutschland ist Korruption tief verwurzelt. Gerade in jüngster Zeit wurde sie in verschiedenen Branchen der Wirtschaft in einem noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbaren Maß aufgedeckt. Ich denke an Siemens, MAN, Mercedes, VW oder Fraport. Dabei ging es jeweils nicht um die einmalige Korruption eines Mitarbeiters, sondern quasi um ein Geschäftsmodell – à la: Wo nicht geschmiert wird, läuft nichts.

Kann man zwischen Kooperation und Korruption immer fein unterscheiden? Wo hört Kooperation auf? Wo fängt Korruption an?

Unternehmen müssen natürlich geschäftliche Beziehungen pflegen und Kunden akquirieren. Was hierfür noch in Ordnung ist und wann Korruption beginnt, muss jeder Betrieb individuell für sich definieren. Man orientiert sich dabei meist an den sofort absetzbaren Werbungskosten, also am Einkommenssteuergesetz. Demnach sind Streuwaren und Geschenke bis zu 35 Euro akzeptabel. Wenn es um richtig große



»In Deutschland ist Korruption tief verwurzelt«: Uwe Dolata plädiert für erhöhte Sensibilität aber auch für Augenmaß bei Vorteilsnahmen. Foto: Pat Christ

Zur Person: Uwe Dolata

Uwe Dolata (57), gebürtiger Würzburger, absolvierte Ausbildungen zum Polizei- und Kriminalbeamten. Seit 2004 hat er den Lehrauftrag »Anti-Korruptionsstrategien im Wirtschaftssystem Deutschland« im Fachbereich Betriebswirtschaftslehre der Fachhochschule Würzburg inne. Er ist Mitglied im Stadtrat Würzburg, so-

wie Sprecher des Landesverbandes Bayern im Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Im Jahr 2008 trat er als Oberbürgermeisterkandidat für die ÖDP an. Im November erschien das Buch »Staatsversagen auf höchster Ebene. Was sich nach dem Fall Mollath ändern muss« mit einem Beitrag von Uwe Dolata. (pat)

Aufträge geht, ist diese Grenze natürlich zu niedrig. Was in diesem Fall noch okay ist, sollte ebenfalls in den Statuen der Firma von vorn herein festgelegt sein.

Die Liga für Menschenrechte beklagte unlängst eine »Erschütterung des Rechtsstaats« durch Korruption und Intransparenz. Nehmen auch Sie einen Vertrauensverlust wahr?

Ja. Die Menschen erfuhren in jüngster Zeit am Beispiel vieler Staaten, dass Korruption bis dahin führt, dass man sich Staaten sozusagen kaufen kann. Das Ganze beginnt im Übrigen beim Lobbyismus und setzt sich in der Lobbykratie fort. Hier nehmen Interessen direkt Einfluss auf den Staat. In Deutsch-

land haben die Affäre um Bundespräsident Christian Wulff und der durch ein hohes Maß an Intransparenz gekennzeichnete Fall von Gustl Mollath das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert.

Dass Korruption der Feind der Marktwirtschaft ist, erkennen auch Unternehmen. Aber wie erwünscht sind dort vertrauliche Hinweise? Werden Whistleblower akzeptiert?

Erfreulich ist für mich, dass die Finanzbranche mit Jahresbeginn verbindlich ein Whistleblowing-System einführen muss. Das fordert die Bankenaufsicht Bafin. Insgesamt sind die Ressentiments gegenüber Whistleblowern in Deutschland allerdings nach wie vor hoch. Auch

haben wir noch immer keinen Rechtsschutz für Hinweisgeber. Prinzipiell kann jede Firma ein Whistleblowing-System installieren. Voraussetzung hierfür sind genaue Regelungen. Daran hapert es oft. Ein Kummerkasten reicht nicht!

Denn der zeugt eher nicht von echter Entschlossenheit zur Korruptionsbekämpfung...

Nein. Wird Whistleblowing ernst gemeint, muss es etwa Bestandteil von Arbeitsverträgen werden. Denkbar ist auch ein eigener Ansprechpartner in der Rechtsabteilung oder ein Ombudsman. Auch muss sich eine Firma die Frage stellen, ob sie ein EDV-System installieren möchte, durch das Whistleblower mit Nickname Mitteilungen machen können. Allerdings besteht bei rein anonymen Mitteilungen auch die Gefahr von Denunziation.

Wächst denn die Zahl der Menschen, die Korruption nicht mehr gleichgültig hinnehmen wollen? Oder ist es noch so, wie Hans Leyendecker vor zehn Jahren in seinem Buch »Die Korruptionsfalle« beschrieb, dass wir im Filz versinken, weil sich so wenige wehren?

Sensibilität und Abwehrhaltung nehmen eindeutig zu. Denken Sie an den Aufschrei, den die Verwandtenaffäre der CSU erzeugt hat. Dass man nicht mehr bereit ist, Unrecht hinzunehmen, wird außerdem in den sozialen Netzwerken deutlich.

Die Menschen fordern hier stärker denn je, dass alle gleichrangig behandelt werden und es keine Unterschiede zwischen »denen da oben« und »dem Volk« gibt. Inwieweit hat das aber mit dem Thema Korruption zu tun?

Natürlich firmieren in sozialen Netzwerken bestimmte Handlungen unter »Korruption«, die sich nicht mit dem strafrechtlichen Begriff decken. Dem macht mir auf jeden Fall, dass die Menschen wieder stark auf die Einhaltung ethischer Normen und Werte pochen. Das war in Deutschland nicht immer so ausgeprägt gewesen wie derzeit.

Sorge um die Zähne von Flüchtlingen

Hygiene: Würzburger Arzt thematisiert Problem

WÜRZBURG. Tim Strasen ist nicht gerade das, was man einen politischen Aktivist nennen würde. Der 30-Jährige ist Zahnarzt und arbeitet in der Praxis seines Vaters in einer Gemeinde unweit von Würzburg. Seine Doktorarbeit allerdings hat es in sich. »Ich wollte nicht zum x-ten Mal Röntgens Leben aus medizinhistorischer Sicht aufdröseln«, erläutert er. Schon im Studium knüpfte er Kontakte zur Missionsärztlichen Klinik. Dabei reifte die Idee, über die Zahngesundheit von Asylbewerbern zu promovieren.

Die Missionsärztliche Klinik hatte damals die medizinische Versorgung in der Würzburger Gemeinschaftsunterkunft (GU) übernommen. Im April 2008 begann Strasen mit seiner Studie. Für seine Doktorarbeit hat er die Zähne von 66 Flüchtlingskindern untersucht und

»Ich wollte nicht zum x-ten Mal Röntgens Leben aufdröseln.«

Tim Strasen, Zahnarzt, zu seiner Motivation

die Befunde aufgenommen. Rund ein Jahr danach folgte eine zweite Untersuchung. »Die Ergebnisse sprechen für sich«, sagt Strasen. Die Zahnprobleme nehmen rapide zu.

Die Zahngesundheit eines Menschen wird von Fachleuten nach dem sogenannten DMFT-Index eingestuft. Ein Index von 1,0 heißt dass von 28 Zähnen bei Erwachsenen – ohne Weisheitszähne – ein Zahn entweder kariös oder gefüllt ist oder ganz fehlt. Bei den 66 in der GU untersuchten Kindern und Jugendlichen stieg der DMFT-Index im Schnitt in nur einem Jahr um rund 88 Prozent. »Bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland sinkt der Wert aber eigentlich mit steigendem Alter«, sagt Strasen. Nicht so bei den untersuchten Flüchtlingskindern.

»Gesetze sind das Problem«

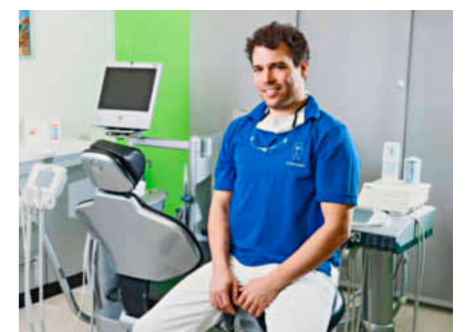
Das Problem sei die Gesetzeslage bei der zahnmedizinischen Versorgung von Flüchtlingen. Vorsorge ist für Flüchtlinge ohne einen Aufenthaltstitel nicht vorgesehen, auch nicht für Kinder. Sie bekommen – anders als regulär gesetzlich oder privat versicherte Kinder – weder die Furchen in ihren Backenzähnen zum Schutz vor Karies versiegelt, noch eine Fluor-Behandlung mit Tabletten. Und selbst wenn sie Karies haben, wird erst geholfen, wenn bereits Schmerzen dabei seien.

Eine kleine Karies koste knapp 60 Euro bei der Behandlung, ein Jahr später schlage große Karies mit mehr als 100 Euro zu Buche, so der Mediziner. »Die Extraktion ist noch einmal wesentlich teurer.« Die Verweigerung von Vorsorge sowie einer rechtzeitigen Behandlung von Karies lohne sich für den Staat nur auf den ersten Blick: »Sobald die Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel haben, gehen sie zum Arzt und lassen sich alle Zähne richten – zurecht!«

Pakete ohne Zahnbürsten

Viele erleiden, je nachdem wie lange das Asylverfahren dauert, eine zahnmedizinische und mundhygienische Tortur. Auch wenn Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) ein Ende des Sachleistungsprinzips angekündigt hat: Noch bekommen Asylbewerber in den Gemeinschaftsunterkünften Essens- und Hygienepakete – oft ohne Zahnbürsten.

Für Asylbewerber mit Karies bleibt nach der Gesetzeslage nur: Schmerzmittel nehmen, Zahn ziehen lassen – oder einen Zahnarzt finden, der sie kostenlos behandelt. In Würzburg gibt es mehrere Zahnmediziner, vor allem mit Migrationshintergrund, die sich des Problems annehmen. Das sei nobel, sagt Strasen, doch müsse der Zahnarzt sein Engagement aus eigener Tasche bezahlen: »Das geht nur begrenzt.« *epd*



Schaut Asylbewerber in den Mund: der Würzburger Zahnarzt Tim Strasen. Foto: epd